

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

11. Februar 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 04.02.13 starben bei zwei Bombenanschlägen in Südafghanistan drei Zivilisten und vier wurden verletzt: In der Provinz Kandahar geriet der Konvoi einer Hochzeitsgesellschaft in eine Sprengfalle und in der Provinz Uruzgan kamen zwei Dorfbewohner, die für ein staatliches Projekt zur ländlichen Entwicklung gearbeitet hatten, bei der Explosion eines Sprengsatzes um. Am 09.02.13 wurde in der südlichen Provinz Helmand (Distrikt Nad Ali) ein Zivilfahrzeug von einer an der Straße versteckten Bombe getroffen. Dabei kamen sechs Zivilisten ums Leben.

Afghanische Regierung räumt Folter von Häftlingen ein

Nach einem UN-Bericht über Folter in afghanischen Haftanstalten (vgl. BN v. 21.01.13) bestätigte eine von Präsident Karzai eingesetzte Untersuchungskommission die Vorkommnisse. Laut dem Bericht der Kommission beklagte sich die Hälfte der befragten Häftlinge über schlechte Behandlung, Misshandlung und sogar Folter. Zudem sei der Kontakt von Gefangenen mit ihren Anwälten problematisch.

E-Tazkira soll im März 2013 eingeführt werden

Gemäß einem Erlass von Präsident Karzai soll ab 21.03.13 der neue elektronisch lesbare Personalausweis (e-Tazkira) verteilt werden. Gegenwärtig werden die ersten von etwa 400 Registrierungsteams aufgestellt, die landesweit Daten der Bevölkerung sammeln sollen.

Korruption

Nach einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen ist Korruption in Afghanistan nach wie vor weit verbreitet. Etwa die Hälfte der Einwohner müsse für öffentliche Dienstleistungen Bestechungsgeld bezahlen, im Privatsektor sei es etwa ein Drittel. Bestechung im öffentlichen Sektor sei besonders im Westen und Nordosten verbreitet, während im Süden Bestechungsgelder an Dorfälteste, Mullahs und Talibangruppen zu zahlen seien.

Pakistan

Tote und Verletzte in Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz

Am 08.02.13 explodierte eine Autobombe auf einem Markt in Ferozkhel in der FATA-Agentur Orakzai. Es kamen zehn Menschen ums Leben. Ferner wurden 31 Menschen verletzt. Im Juni 2011 hatte das Militär die pakistanischen Taliban aus der Region vertrieben und den Bewohnern erlaubt, wieder zurückzukehren. Die pakistanischen Taliban bekannten sich zu dem Anschlag, der gegen Angehörige der Friedenskomitees gerichtet gewesen sei. Dies ist die Selbstzeichnung von Anti-Taliban-Milizen.

Am selben Tag wurde der Rechtsanwalt und Menschenrechtler Malik Jarrar in Peshawar im Stadtteil Gulbahar von zwei Männern durch Schüsse verwundet. Er verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus. Er war früher der stellvertretende Vorsitzende der Khyber-Pakhtunkhwa-Sektion der angesehenen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Pakistan. Malik Jarrar war Schiit und seitens seiner Gemeinde wird davon ausgegangen, dass dieser Umstand Anlass für die Tat war.

Irak

Sicherheitslage

Am 04.02.13 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf das Hauptquartier der sunnitischen Miliz Sahwa in Taji 22 Menschen getötet und mehr als 45 verletzt. Am 05.02.13 starben bei Anschlägen mindestens zehn Menschen, mehr als 19 wurden verletzt. Davon starben mindestens acht Menschen bei einem Selbstmordanschlag in Taji. Bei weiteren Anschlägen wurden am 08.02.13 mindestens 36 Menschen getötet. Betroffen waren der Bagdader Vorort Chadimija, die Stadt Hilla rund 100 Kilometer südlich von Bagdad, die Stadt Schomali (Provinz Babil) und die schiitische Pilgerstadt Kerbela.

Beobachtern zufolge sind die wachsenden Spannungen zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden für die Welle der Gewalt verantwortlich. Nach der Zählung von Iraq Body Count stieg bereits 2011 die Zahl der Todesopfer auf 4.144 gegenüber 2010 mit 4.073. Im Jahr 2012 war ein erneuter Anstieg auf 4.568 Todesopfer zu verzeichnen.

Raketenangriff auf Lager der Volksmujahedin

Bei einem Raketenangriff auf das Flüchtlingslager Camp Liberty, in dem sich iranische Oppositionelle (Volksmujahedin) aufhalten, starben am 09.02.13 mindestens fünf Menschen, Dutzende wurden verletzt. Die Volksmujahedin vermuten hinter dem Angriff eine auf Auslandseinsätze spezialisierte Eliteeinheit des iranischen Militärs.

Syrien

Opposition und Regierung bieten Gespräche an / Kämpfe gehen weiter

Die syrische Opposition erklärte sich am 10.02.13 zu Gesprächen mit Vertretern von Präsident Bashar al-Asad unter bestimmten Bedingungen bereit. Laut Vorsitzendem der Syrischen Nationalkoalition, Moas al-Chatib, müsse Ziel der Gespräche sein, einen Weg für Assad zu finden, die Macht mit „einem Minimum an Blutvergießen und Zerstörung“ abzugeben. Der internationale Sondergesandte, Lakhdar Brahimi, der sich am 10.02.13 mit al-Chatib traf, begrüßte das Dialogangebot. Am 08.02.13 hatte der syrische Informationsminister der Opposition einen Dialog „ohne Vorbedingungen“ angeboten. In der Zwischenzeit gehen die Kämpfe weiter und sollen am Wochenende landesweit mehr als 200 Opfer gefordert haben. Islamistische Rebellen sollen am 10.02.13 eine Armeestellung in der nördlichen Provinz Raka eingenommen haben.

Kabinett umgebildet

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise bildete Assad nach Meldungen vom 09.02.13 sein Kabinett um. Das Arbeits- und Sozialministerium wurde in zwei Ministerien aufgliedert. Für das Bauministerium, das Ministerium für öffentliche Dienste, das Agrarministerium, das Ministerium für Öl und Rohstoffe sowie im Finanzministerium wurden neue Minister ernannt. Der Wirtschaft geht es aufgrund der seit zwei Jahren anhaltenden Unruhen, Kämpfe und Wirtschaftssanktionen schlecht, die Infrastruktur ist größtenteils zerstört, Treibstoff, Strom, Wasser, Lebensmittel und Medikamente sind knapp.

Aufbau eines Netzwerkes von Milizen durch Iran und Hizbollah

Nach einem Bericht der „Washington Post“ vom 10.02.13, der sich auf amerikanische und arabische Beamte beruft, sollen Iran und die mit ihm verbündete schiitische Hizbollah-Miliz ein Netzwerk von Milizen in Syrien aufbauen, um ihre Interessen auch nach einem möglichen Sturz von Bashar al-Asad und einem Zerfall des Landes entlang ethnischer und religiöser Linien schützen zu können.

Iran

Arbeitsminister vom Parlament entlassen / Verbündeter Ahmadinejads verhaftet

Nachdem am 03.02.13 der Arbeitsminister Ahmadinejads vom Parlament entlassen worden war, folgte am 04.02.13 eine weitere Niederlage des Präsidenten im Machtkampf mit seinen innenpolitischen Gegnern. Nach Angaben der Nachrichtenagentur IRNA wurde der von ihm ernannte Leiter der Sozialversicherungsbehörde, der frühere Oberstaatsanwalt Said Mortasawi verhaftet. Hintergründe wurden nicht bekannt.

Serbien/Kosovo

Erstmals Spitzentreffen in Brüssel

Erstmals seit der Unabhängigkeit Kosovos (Februar 2008) haben sich am 06.02.13 in Brüssel auf Druck der EU die Präsidenten beider Länder, der serbische Präsident Nikolic und die kosovarische Präsidentin Jahjaga, getroffen. Das Gespräch dauerte rund 50 Minuten und sei „konstruktiv“ verlaufen. Nikolic bekräftigte danach jedoch die Position seines Landes, die Unabhängigkeit Kosovos nicht anzuerkennen. Zudem sagte er, die Gespräche würden unter der Bedingung fortgesetzt, dass die rund 40.000 Serben im Norden Kosovos umfassende Autonomie erhielten.

Seit März 2011 verhandeln Vertreter beider Staaten unter Vermittlung der EU unter anderem über Grenz- und Zollfragen. Zuletzt verständigten sie sich im Dezember 2012 erneut auf die Einrichtung mehrerer gemeinsamer Grenzposten. Die Serben im Norden Kosovos widersetzen sich aber weiter dem laufenden Dialog sowie dessen Vereinbarungen. Nach wie vor kommt es dort zu Blockaden, Demonstrationen und gewaltsamen Zwischenfällen.

Libyen

Kritik von Human Rights Watch an Haftbedingungen akzeptiert

Der libysche Justizminister Salah Marghani hat die Kritik an der Menschenrechtslage durch den Jahresbericht 2013 von Human Rights Watch (World Report 2013) am 08.02.13 öffentlich akzeptiert und Abhilfe versprochen. Er nannte bereits erfolgte und beabsichtigte Maßnahmen gegen die Missstände. Die Kritik betrifft insbesondere die Haftbedingungen, hier vor allem die irregulären Hafteinrichtungen und willkürlichen Inhaftierungen ohne gerichtliche Überprüfung sowie die Straflosigkeit von Folter und Tötungen in Hafteinrichtungen.

Oberster Gerichtshof: Mehrfachehe ohne Zustimmung der Erstfrau rechtmäßig

Nach einer Meldung vom 08.02.13 hat die Verfassungskammer des Obersten Libyschen Gerichtshofes ein Gesetz (Marriage Act, Law 10) aus der Gaddafi-Zeit aufgehoben, weil es im Widerspruch zur Sharia steht. Nach der neuen Rechtslage bedarf ein Ehemann nicht mehr der Zustimmung seiner Ehefrau, wenn er eine weitere Frau heiratet. Zuvor musste er die Genehmigung der Ehefrau einholen und bei Weigerung eine ersetzende Gerichtsentscheidung herbeiführen.

Ägypten

Weiterhin Proteste von Regierungsgegnern

Am 08.02.13 fanden in Kairo, Alexandria und anderen Städten erneut Demonstrationen gegen Präsident Mursis Führungsstil, Polizeigewalt und Todesdrohungen gegen Oppositionspolitiker statt. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, bei denen ein Mensch starb und mehr als 100 verletzt wurden. Seit Beginn der Demonstrationen am 25.01.13 sollen 59 Menschen ums Leben gekommen sein.

Tunesien

Staatskrise nach Politiker-Mord

Der tunesische Oppositionspolitiker Chokri Belaid wurde am 06.02.13 auf dem Weg in sein Büro von unbekannten Tätern in Tunis erschossen. Der 48-Jährige Belaid galt als einer der schärfsten Gegner der Regierung und führte die kurz nach der Revolution gegründete Oppositionspartei „Bewegung der demokratischen Patrioten“ (Front Populaire) an, ein Zusammenschluss liberaler und linker Kräfte. Er trat für die strikte Trennung von Staat und Religion ein. Nach seiner Ermordung kam es zu Massenprotesten und schweren Krawallen in ganz Tunesien. Einige Demonstranten setzten mehrere Parteibüros der regierenden islamischen Ennahdha-Partei in Brand, da sie deren Anhänger für den Mord verantwortlich machten.

Am 06.02.13 erklärte Ministerpräsident Hamadi Jebali von der Ennahdha-Partei eine Regierungsauflösung und kündigte Neuwahlen an. Eine Übergangsregierung aus parteilosen Experten soll die von der islamisch-konservativen Ennahdha-Partei dominierte Koalition ersetzen. Diese Regierung soll die Fertigstellung der neuen Verfassung voranbringen, für die Sicherheit des Landes sorgen und gegen die hohen Lebenshaltungskosten vorgehen. Präsident Marzouki brach seinen Besuch in Frankreich ab und kehrte am 07.02.13 nach Tunis zurück. Marzouki gehört der säkularen Partei Kongress für die Republik (CPR) an. Am 10.02.13 kündigte die Partei an, ihre drei Minister aus der Regierung abziehen zu wollen. Trotz der angespannten Lage hält Marzouki an Parlaments- und Präsidentschaftswahlen noch in diesem Jahr fest. Ob die Regierungsumbildung gelingt, ist fraglich. Mit seinen Plänen stößt Jebali auf Widerstand bei den Konservativen und in der eigenen Partei.

In verschiedenen Städten gingen am 07. und 08.02.13 erneut Hunderte aus Protest gegen die Regierung auf die Straße. Es kam zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Die Gewerkschaften riefen für Freitag zu einem Generalstreik auf. Anwälte und Richter traten im ganzen Land in den Ausstand. Nachdem Zehntausende am 08.02.13 Balid das letzte Geleit gaben, kam es am 09.02.13 zu einer Gegendemonstration von Ennahdha-Anhängern.

Sudan

Mehr als 100 Tote in Jonglei

Wie der Gouverneur des südsudanesischen Staates Jonglei vom 08.02.13 bekannt gab, töteten schwer bewaffnete Rebellen im Distrikt Akobo 103 Menschen, darunter Frauen und Kinder sowie 14 Soldaten der südsudanesischen Armee, die den Stamm der Lou Nuer bei ihrem Viehtrieb begleitet hatten. 17 der Angreifer sollen ums Leben gekommen sein. Beim Anführer der Rebellen handele es sich um David Yau Yau, einen früheren Angehörigen der südsudanesischen Armee, der der Volksgruppe der Murle angehört. Zwischen den Ethnien kam es bereits in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen während des Viehtriebs. So starben im Jahr 2011 nach UN-Angaben 900 Menschen bei derartigen Zwischenfällen.

Insgesamt 24 Tote bei Kämpfen im sudanesisch-südsudanesischen Grenzgebiet

Nach Angaben eines Sprechers der südsudanesischen Armee sollen am 09.02.13 sieben Angehörige einer von Sudan unterstützten Miliz beim Übertreten der südsudanesischen Grenze erschossen worden sein. Die in Sudan aktive SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement-North) warf einer südsudanesischen Miliz, die ebenfalls von Khartum unterstützt wird vor, ein Dorf in Südkordofan angegriffen zu haben. Dabei seien 17 Menschen getötet und 35 verletzt worden.

Angebliche Truppenverlegung in Abyei

Am 10.02.13 beschuldigte die südsudanesische Regierung die Regierung in Khartum, Truppen in die umstrittene Region Abyei zu verlegen und dort in großem Umfang arabische Nomaden vom Stamm der Misseriya anzusiedeln, um das Referendum zu sabotieren, mit dem die Bewohner der Region über die Zugehörigkeit zu einem der beiden Staaten entscheiden sollen.

Waffenstillstandsabkommen zwischen Rebellengruppe und Khartum

Presseberichten zufolge unterzeichneten in der Nacht auf den 11.02.13 die darfurische Rebellenorganisation JEM (Justice and Equality Movement) und Vertreter der sudanesischen Regierung in Doha/Katar ein Waffenstillstandsabkommen. Einzelheiten des Abkommens seien bisher nicht bekannt geworden. Der Sudan Tribune zufolge handelte es sich bei der Rebellenorganisation um eine Abspaltung der JEM, die JEM-Military Council unter Mohamed Bashar.

Mali

Massengrab mit Arabern in Timbuktu entdeckt

Nach der Einnahme von Timbuktu durch malische und französische Truppen wurde nun ein Massengrab entdeckt. Es seien „arabische Händler, die vor kurzem von malischen Soldaten festgenommen worden waren und von denen man seither nichts mehr gehört hatte“, so die mauretanische Nachrichtenagentur ANI. Gefunden wurde das Massengrab laut ANI am 08.02.13. Auf ihrem Vormarsch im Norden Malis hatten französische und malische Truppen am 28.01.13 Timbuktu eingenommen. Danach stürmten hunderte Einwohner Geschäfte von Arabern, denen sie vorwarfen, während der monatelangen Besetzung durch islamistische Kämpfer mit diesen gemeinsame Sache gemacht zu haben. Menschenrechtsorganisationen hatten der malischen Armee außergerichtliche Hinrichtungen von Tuareg und Arabern vorgeworfen und die Regierung zu Schutzmaßnahmen aufgefordert.

Erste Selbstmordanschläge in Mali

Beim ersten Selbstmordanschlag in der Geschichte Malis hat sich der Attentäter in der Nähe eines Armeepostens in Gao in die Luft gesprengt. Ein malischer Soldat wurde dabei leicht verletzt. Zum Anschlag bekannte sich die islamistische Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO). Diese hatte bereits die Verantwortung für eine Explosion vom 06.02.13 übernommen, bei der vier Malier starben, als ihre Fahrzeuge zwischen Douentza und Gao auf eine Mine fuhren. Die Gruppe hatte erklärt, mit Angriffen auf Armeekonvois und Selbstmordattentaten ein „neues Kampfgebiet“ zu eröffnen.

Rivalisierende Armee-Einheiten liefern sich Gefechte

Bei Gefechten in Bamako sind mehrere Menschen verletzt worden. Die Hintergründe der Zusammenstöße sind noch unklar. Es gibt widersprüchliche Angaben, wer angegriffen wurde. Die Nachrichtenagentur dpa spricht von Gefechten zwischen Anhängern des gestürzten Staatschefs Amadou Toure und Putschisten. Mitglieder der malischen Armee wollten verhindern, dass sich Toure-nahe Fallschirmjäger zu einem Treffen in einem Militärcamp versammelten, berichtete die Webseite Depeches du Mali. Laut Nachrichtenagentur AFP war der Anlass für den Übergriff eine TV-Ansprache des Generalstabschefs der Armee, wonach die Toure-nahen Elitesoldaten mit den Franzosen gegen die Islamisten kämpfen sollen.

Franzosen und Tschader übernehmen Flughafen in Tessalit

Am 07.02.13 hatten französische und tschadische Truppen bereits die Kontrolle über die Stadt Aguelhok zwischen Kidal und Tessalit übernommen. Nach Angaben der Franzosen landeten in der Nacht zum 08.02.13 Fallschirmspringer im knapp 90 Kilometer von der algerischen Grenze entfernten Tessalit. Die Truppen hätten in der letzten Hochburg der Islamisten die Kontrolle über den Flughafen übernommen.

Somalia

Haftstrafe für mögliches Vergewaltigungsopfer

Ein Gericht in Mogadischu verurteilte am 05.02.13 eine 27-Jährige wegen Beleidigung der staatlichen Institutionen und falscher Beschuldigung zu einem Jahr Haft. Sie hatte Angehörige der Sicherheitskräfte beschuldigt, sie vergewaltigt zu haben. Die Frau muss die Strafe antreten, wenn sie ihren Säugling abgestillt hat. Ein Journalist, der über die weit verbreitete sexuelle Gewalt recherchiert und die Frau interviewt hatte, wurde ebenfalls zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt. Auch er soll durch das Interview die staatlichen Institutionen beleidigt haben. Zudem habe er in Abwesenheit des Ehemannes das Haus der Familie betreten. Das Interview war nicht veröffentlicht worden.

Menschenrechtsorganisationen bezeichneten das Urteil als politisch motiviert. Zudem seien grundlegende Verfahrensstandards nicht eingehalten worden. Sie fürchten, dass noch weniger Opfer sexueller Gewalt als bisher sich an die Behörden wenden werden. Während UN-Generalsekretär Ban Ki-moon seine Enttäuschung über das Urteil ausdrückte und die somalische Regierung aufforderte, alle Beschuldigungen wegen sexueller Gewalt zu untersuchen, erklärten Präsident Hassan Sheikh Mohamud und Premierminister Abdi Farah Shirdon, sie würden nicht in Gerichtsverfahren eingreifen. Allerdings berief der Premierminister inzwischen ein unabhängiges Komitee aus 13 Personen, dem Frauenrechtlerinnen, Anwälte, Regierungsmitarbeiter und Angehörige der Zivilgesellschaft angehören. Es soll Missbrauchsfälle gegen Zivilisten untersuchen.

Eritrea

Informationsminister bleibt im Ausland

Der eritreische Informationsminister, Ali Abdu Ahmed, ist von einer Reise nach Deutschland im November 2012 nicht mehr nach Eritrea zurückgekehrt. Gegenteilige Berichte eritreischer Medien, Ali Abdu sei wieder in Asmara, dürften durch ein Interview, das er am 30.01.13 einer schwedischen Zeitung gab, widerlegt sein. Ali Abdu machte keine Angaben zu seinen Gründen und weiteren Zielen. Er erklärte auf die Frage zum Schicksal eines seit Jahren in Eritrea inhaftierten schwedischen Journalisten, dass darüber nur der Präsident und seine engsten Sicherheitsbeamten Auskunft geben könnten. Es sei in Eritrea ein Tabu, Fragen zu fremden Arbeitsbereichen zu stellen. Ali Abdu galt als enger Vertrauter von Präsident Issayas Afwerki. Berichtet wird, dass die 15-jährige Tochter, der Vater und ein Bruder Ali Abdus verhaftet worden sein sollen.

Verhaftungen nach Besetzung des Informationsministeriums

Nach der kurzzeitigen Besetzung des Informationsministeriums durch rund 100 Armeeingehörige am 21.01.13 (BN vom 28.01.13) soll es mittlerweile erste Verhaftungen gegeben haben. Mehrere hochrangige Militäranghörige und Beamte seien festgenommen worden, darunter Abdalla Jabir (Nummer 3 der eritreischen Einheitspartei PFDJ) und Mustafa Nurhusein (Gouverneur der bevölkerungsreichsten Provinz Eritreas, der Zoba Debub). Am 15.02.13 äußerte sich Präsident Afwerki erstmals zum Geschehen. Er erklärte, dass sich die Bevölkerung „keine Sorgen machen“ müsse. Die Regierung habe sich bislang nicht geäußert, „um sich nicht in den Dienst der Feinde“ zu stellen. Es werde „weitere Informationen geben, wenn der richtige Zeitpunkt gekommen“ sei. Der Vorfall im Ministerium wird als Folge von Spannungen innerhalb des Militärs gesehen. Allerdings zeigt die sehr schnelle Beendigung der „Meuterei“ auch, dass die Position Afwerkis noch unangefochten ist und dass tiefgreifende Veränderungen unwahrscheinlich sind.

Nigeria

Drei ausländische Ärzte ermordet

In der Nacht vom 09. auf den 10.02.13 wurden in der Stadt Potiskum (nordöstlicher Bundesstaat Yobe) drei im staatlichen Allgemeinen Krankenhaus beschäftigte nordkoreanische – nach anderen Angaben südkoreanischen oder chinesische – Ärzte von Unbekannten in ihren Wohnungen ermordet. Zweien wurde die Kehle durchschnitten, der Dritte enthauptet. Als Täter werden Angehörige der radikal-islamischen Organisation Boko Haram vermutet.

Neun Tote bei Angriffen auf Polio-Impfteams

Am 08.02.13 erschossen Unbekannte zunächst in der Zaria Road der nordnigerianischen Stadt Kano (Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates) zwei Mitarbeiterinnen eines Impfteams gegen Kinderlähmung und etwa eine halbe Stunde später sieben Mitarbeiterinnen eines weiteren Polio-Impfteams bei einem Gesundheitszentrum außerhalb der Stadt Kano im Distrikt Hotoro. Am Tag vorher soll ein islamischer Kleriker die Bevölkerung vor den Polio-Impfungen gewarnt haben, da neue Fälle von Kinderlähmung durch verunreinigte Impfstoffe verursacht worden seien.

2003 hatten sich mehrere muslimische Führer in Nordnigeria gegen Polio-Impfungen ausgesprochen, weil diese unfruchtbar machen und AIDS verbreiten würden. Dies wird als Ursache gesehen, dass Nigeria (2012: 121 Polio-Fälle) neben Pakistan (58) und Afghanistan (37) weltweit zu den drei Ländern zählt, in denen Polio noch andauernd gehäuft auftritt.

DR Kongo

Erster Erfolg bei Friedensverhandlungen in Kampala

Am 06.02.13 unterzeichneten Vertreter der kongolesischen Regierung und der Rebellenorganisation M23 („Bewegung des 23. März“) im Rahmen der im Dezember 2012 in Ugandas Hauptstadt Kampala begonnenen Friedensgespräche ein vorläufiges Übereinkommen. Darin erkennen beide Seiten den Friedensvertrag vom 23.03.2009 weiterhin grundsätzlich als gültig an. Jedoch sollen zwölf Punkte des Abkommens im Rahmen der Friedensgespräche erneut verhandelt werden. Der Friedensvertrag zwischen der kongolesischen

Regierung und den Tutsi-Rebellen des CNDP („Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes“) sah u.a. die Integration des CNDP in die Regierungsarmee, eine Armeereform und die Rückführung kongolesischer Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten vor. Im Frühjahr 2012 beklagten viele frühere CNDP-Offiziere, die in die Regierungsarmee integriert worden waren, die mangelhafte Umsetzung des Vertrages durch die Regierung. Sie desertierten aus der Armee und gründeten die Bewegung des 23. März. Dieser gelang laut UN-Angaben mit Unterstützung Ruandas und Ugandas am 20.11.12 die Einnahme von Goma, der Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu. Erst nachdem die kongolesische Regierung in direkte Gespräche mit den Rebellen über deren Forderungen eingewilligt hatte, zogen sich diese nach 12-tägiger Besetzung Gomas auf Stellungen etwa 15 km nördlich der Stadt zurück.

Schwere Kriegsverbrechen der M23 und der Regierungsarmee

Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) haben sowohl die Regierungsarmee wie auch die M23-Rebellen während der Besetzung von Goma vom 20.11. bis 01.12.12 durch die Rebellen schwere Kriegsverbrechen begangen. HRW stützt sich auf Befragungen vor Ort und berichtet für die Zeit vom 19.11. bis 02.12.12 in und um Goma von 24 Fällen willkürlicher Hinrichtungen (davon 21 Zivilisten) sowie Vergewaltigungen von 36 Frauen und Mädchen (darunter 18 Frauen von Regierungssoldaten) durch Kämpfer der M23-Rebellen. Ferner wurden u.a. Regierungssoldaten, Polizisten und auch Zivilisten von den Rebellen zwangsrekrutiert. Nach der Eroberung Gomas durch die Rebellen zogen sich die Regierungssoldaten nach Minova (Stadt etwa 50 km westlich) zurück. Vom 20.11. bis 30.11.12 dokumentierte HRW in Minova und in mehreren umliegenden Gemeinden mindestens 76 Fälle von Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch Regierungssoldaten. Seitens der Militärstaatsanwaltschaft seien bisher keine Verhaftungen verdächtigen Armeeingehörigen angeordnet worden.

Kongolesische Putschisten in Südafrika verhaftet

Am 05.02.13 hat die südafrikanische Polizei 19 Mitglieder der kongolesischen Rebellengruppe „Union der Nationalisten für die Erneuerung“ festgenommen, als diese auf dem Weg in ein südafrikanisches militärisches Ausbildungslager waren. Am 07.02.13 wurden sie in Pretoria vor einem Gericht wegen des Vorwurfes illegaler Söldneraktivitäten mit dem Ziel eines verfassungswidrigen Sturzes des kongolesischen Präsidenten Kabila angeklagt. Ein V-Mann der südafrikanischen Polizei berichtete, dass sich die Angeklagten u.a. Boden-Luft-Raketen, 1.000 Granaten und 5.000 AK-47 Maschinengewehre beschaffen wollten. Unter den Angeklagten befindet sich James Kazongo, der in den USA eingebürgerte Anführer der Gruppe. Diese soll laut Angaben der Staatsanwaltschaft aus etwa 7.000 bis 9.000 Rebellen bestehen.

Am 08.02.13 wurde Etienne Kabila, der frühere Anführer, in Kapstadt festgenommen. Dieser behauptet seit zehn Jahren, er sei der älteste Sohn des 2001 erschossenen kongolesischen Präsidenten Laurent-Désiré Kabila und der Halbbruder des gegenwärtigen Präsidenten Joseph Kabila, der seinem Vater im Präsidentenamt nachgefolgt war.

Vietnam

22 Personen wegen Umsturzversuchs verurteilt

Am 04.02.13 verurteilte das Volksgericht der zentralen Küstenprovinz Phu Yen in einem einwöchigen Prozess 22 Angehörige der Gruppe „Rat für die Gesetze und öffentliche Angelegenheiten von Bia Son“ (Bia Son: Name eines Berges der Provinz) wegen Umsturzversuchs. Ziel der Angeklagten sei die Errichtung eines neuen Staates mit dem Namen „Great Vietnam Kingdom“ gewesen, in dem der Anführer der Gruppe, Phan Van Thu, König sein sollte. Auch hätten sie regierungskritische Unterlagen hergestellt. Phan Van Thu erhielt eine lebenslange Freiheitsstrafe; sein Sohn und die übrigen Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 10 und 17 Jahren mit anschließendem 5-jährigem Hausarrest verurteilt.

Die international eher unbekanntes Gruppe – es ist unklar, ob sie politische oder buddhistisch-religiöse Ziele verfolgt und/oder beim Umweltschutz aktiv ist – wurde in den 1960er Jahren gegründet und ist seit 1975 verboten. Laut staatlichen Angaben soll sie rund 300 Mitglieder in Zentral- und Südvietnam haben.

Die überraschend hohen Strafmaße dienen laut Ansicht von Analysten als Warnung für Regimekritiker im Inland. Erst am 09.01.13 waren 14 Dissidenten ebenfalls wegen des Vorwurfes des Umsturzversuchs in 13 Fällen zu Haftstrafen zwischen 3 und 13 Jahren sowie in einem Fall zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Myanmar

Kommission soll politische Gefangene identifizieren

Wie die staatliche Zeitung New Light of Myanmar am 07.02.13 berichtete, schuf die Regierung ein Komitee, das die noch inhaftierten politischen Gefangenen identifizieren soll, damit sie in einem weiteren Schritt freigelassen werden können. Dem noch zu besetzenden Komitee werden Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft und politischer Parteien angehören. Die Regierung erkennt damit erstmals offiziell die Existenz politischer Gefangener an.

Präsident Thein Sein erließ seit seinem Amtsantritt 2011 mehrere Amnestien, durch die rund 30.000 Gefangene freikamen, darunter mehrere hundert politische Häftlinge. Über die genaue Zahl der noch inhaftierten politischen Gefangenen herrscht u.a. aufgrund unterschiedlicher Definitionen zwar Uneinigkeit, man geht aber von mehreren hundert aus.

Indien

Härtere Strafen für Sexualdelikte

Das indische Kabinett hat eine Änderung des Sexualstrafrechts beschlossen. Demnach droht den Tätern die Todesstrafe in Fällen von Vergewaltigung, bei denen das Opfer dauerhaft ins Koma fällt oder in der Folge stirbt. Vergewaltigungen werden damit als Schwerstverbrechen eingestuft. Den Richtern wird Ermessensspielraum zugebilligt. Die Mindeststrafe beträgt 20 Jahre Haft und kann mehrfach verlängert werden. Nach der Unterzeichnung durch Staatspräsident Mukherjee ist das Gesetz – unabhängig von der noch ausstehenden Zustimmung des Parlaments – seit 04.02.13 in Kraft. Härter bestraft werden auch Voyeurismus, Stalking, das gewaltsame Herunterreißen von Kleidung sowie Säureangriffe.

Die neuen Regelungen gehen manchen Kritikern noch nicht weit genug. So würden innereheliche Vergewaltigungen nicht als solche anerkannt. Oft melden Frauen sexuelle Übergriffe auch deshalb nicht, weil sie befürchten, erneut Opfer sexueller Gewalt zu werden, diesmal durch Polizisten.

Sri Lanka

Anlässlich der 65. Unabhängigkeitsfeiern am 04.02.13 erklärte Sri Lankas Präsident, Mahinda Rajapaksa, dass es auch in Zukunft keine Autonomie für die tamilische Bevölkerung im Norden der Insel geben werde. Verschiedene Verwaltungen auf ethnischer Basis seien nicht praktikabel und die Menschen würden auch so friedlich miteinander leben. Beobachter werten dies als deutliche Kehrtwende gegenüber den Vorschlägen der von der Regierung selbst eingesetzten Aufarbeitungs- und Versöhnungskommission (LLRC), die der ethnischen Minderheit (ca. 18 Prozent der Bevölkerung) größere politische Rechte einräumen wollte.